

Kernbotschaften

der sächs. Industrie- und Handelskammern zum „Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung“

Bei der kommenden Ministerpräsidentenkonferenz am 2. Juni wollen Bund und Länder einen „Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung“ beschließen. Dieser Pakt wurde im Koalitionsvertrag vereinbart. Im Beschlussentwurf zum Pakt bekennen sich die Regierenden zu einer „gesamtstaatlichen Kraftanstrengung“ die sie über „alle staatlichen Ebenen abstimmen wollen. Offen ist allerdings noch, ob die Vereinbarungen auch „für die Verkehrsinfrastruktur, für den Ausbau von Energie- und Kommunikationsnetzen, für Vorhaben der Wirtschaftsansiedlung, für industrielle Großprojekte sowie für Bauvorhaben jeglicher Art“ gelten sollen und ob darin auch „bereichsübergreifend Rechtsänderungen mit verfahrensbeschleunigender Wirkung“ vereinbart werden.

Position der Industrie- und Handelskammern im Freistaat Sachsen:

In Sachsen dauern die Verfahren für Neu- und Änderungsgenehmigungen für Industrieanlagen zu lange – der aktuelle Zustand entwickelt sich in zunehmendem Maße zum Standortnachteil. Wir fordern deshalb von der öffentlichen Hand, eine quantitativ und qualitativ bedarfsgerechte Personalausstattung in den Genehmigungsbehörden sicherzustellen, die technisch-praxisorientierte Fachkompetenz zu bündeln, die Kommunikation zu verbessern und die Planungs- und Genehmigungsverfahren zu vereinheitlichen und zu digitalisieren. Wir begrüßen in diesem Kontext ausdrücklich die Arbeit der „Expertenkommission zur Evaluation von Genehmigungsverfahren“. Diese hat unter Leitung von Dr. Henry Hasenpflug und unter Mitwirkung der IHK Dresden im Juni 2019 der Staatsregierung konkrete Verbesserungsvorschläge vorgelegt. Der Freistaat muss diese dringend notwendigen Veränderungen mit Nachdruck vornehmen; das Thema ist im Angesicht des immer dynamischer verlaufenden Transformationsprozesses vordringlich.

Planung und Genehmigung in allen Wirtschaftsbereichen beschleunigen

Für die Transformation zu einer klimaneutralen und digitalen Wirtschaft müssen große Teile der Infrastruktur, Gebäude oder Industrieanlagen in diesem Jahrzehnt neu gebaut, erweitert oder modernisiert werden. Die Explosion der Energiepreise und die anhaltenden Lieferkettenschwierigkeiten verdeutlichen, dass die Geschwindigkeit dieses Umbaus sogar noch schneller als geplant stattfinden muss. Die Beschleunigungsmaßnahmen der Bundesregierung konzentrieren sich bisher auf die Energiewirtschaft: Damit allein wird die Wirtschaft jedoch weder Klimaneutralität, Energiesicherheit noch Digitaler. Deshalb brauchen Unternehmen die Beschleunigung von Verfahren in allen Wirtschaftsbereichen.

Mit Verfahrenserleichterungen in allen Rechtsbereichen schneller planen und genehmigen

Verfahren werden durch die Vielzahl von Regelungen im Planungs- und Genehmigungsrecht verzögert. Das reicht von den Vorschriften zu großen Planfeststellungsverfahren bis zur einfachen Baugenehmigung. Zur Beschleunigung brauchen Unternehmen deshalb Verfahrenserleichterungen in allen Rechtsbereichen. Notwendig sind etwa Stichtagsregelungen zur geltenden Rechtslage, reduzierter und eindeutiger Umfang von Unterlagen, verbindliche Fristen für beteiligte Behörden, Erleichterung des vorzeitigen Baubeginns, der Antragsänderung und der Teilgenehmigung sowie bundesweite Standards im Umwelt- und Naturschutz.

Verfahren professionell und digital organisieren

Die technische und personelle Ausstattung in Planungs- und Genehmigungsbehörden ist ein Nadelöhr, das viele Verfahren verzögert. Antragsunterlagen, Gutachten und Pläne sollten deshalb standardisiert und für die gesamte Verfahrensdauer von Antragsstellern, beteiligten Behörden und im Klagefall von Gerichten durchgängig digital abgerufen und bearbeitet werden können. Die Verwaltungen sollten so ausgestattet werden, dass die Bearbeitung in den vorgesehenen Fristen möglich ist. Bund und Länder sollten deshalb verbindliche und nachvollziehbare Vereinbarungen zur Ausstattung der Planungs- und Genehmigungsbehörden und der durchschnittlichen Dauer der Genehmigungsverfahren treffen.